

menzuhalten anstatt ihre Herde in Schafe und Böcke zu spalten.

Mit erheblichen *Spannungen* zwischen anglikanischer Kirchenführung und Regierung ist jedenfalls auch in nächster Zeit zu rechnen, zumal die Konservativen auf ihrem jüngsten Parteitag in ihrer überwiegenden Mehrheit keinerlei Neigung zeigten, vom bisherigen Kurs nicht nur in bezug auf den

Bergarbeiterstreik, sondern auch in der Wirtschaftspolitik überhaupt abzugehen. Ob es der Church of England gelingt, im Sinn der Äußerungen von Erzbischof Runcie zur Aufrechterhaltung bzw. Wiedergewinnung des gesellschaftlichen Konsenses beizutragen, ohne dabei ihre Kompetenzen zu überschreiten oder ihre Kräfte zu überschätzen, wird sich erst noch zei-

gen müssen, ebenso, ob damit auf längere Sicht Veränderungen im Staat-Kirche-Verhältnis verbunden sein werden. Daß die Spannungen und Spaltungen in der englischen Gesellschaft dem Mutterland der Demokratie noch schwer zu schaffen machen könnten, diese Sorge haben jedenfalls nicht nur anglikanische Bischöfe.

U. R.

Rückkehr zum Liberalismus?

Neue französische Strömungen

Die *Abkehr vom Sozialismus* ist augenblicklich das wesentliche Merkmal der ideologischen und politischen Orientierung der französischen Führungskräfte, und nicht weniger des überwiegenden Teils der Bevölkerung. Dies mag rund dreieinhalb Jahre nach der Wahl des Sozialisten *François Mitterrand* zum Staatspräsidenten und dem damals als grundlegend betrachteten Beginn einer neuen Ära überraschen. In der Vergangenheit waren zwar die sozialistischen Experimente in Frankreich stets von kurzer Dauer, diesmal erfolgte jedoch der Start unter besonders günstig erscheinenden Bedingungen. Die Linksunion mit den Kommunisten bildete eine breite Grundlage, zumal die Sozialisten für sich allein die Mehrheit im Parlament besaßen. Für die ersten fünf Jahre seines siebenjährigen Mandats verfügte demnach der Präsident über einen beachtlichen Spielraum. Die Zeit befand sich gewissermaßen auf seiner Seite, denn er brauchte sich nicht zu überstürzen, um die ihm nach der Verfassung zustehenden Machtbefugnisse zielbewußt und gelassen in seinem Sinne zu nützen.

Enttäuschter Idealismus

Es ist hier nicht der Ort, eine Bilanz des sozialistischen Experiments aufzustellen. Es gilt lediglich zu erklären, weshalb eine *deutliche Abkehr vom Sozialismus* erfolgte. Hierfür gibt es sowohl oberflächliche wie in die Tiefe gehende Gründe. In der französischen Vorstellungswelt besitzt der Sozialismus eine weit stärkere *idealistische* als marxistische Prägung. Er verbindet sich so mit dem Wunsch nach *weniger Staat* und nach *mehr Freiheit*. Beides versprach Mitterrand wiederholt in seinem Wahlkampf, wobei allerdings offen blieb, was unter der Ausweitung der Freiheit in einem unumstritten demokratischen Land zu verstehen ist.

Nach der Wahl brachte der sozialistische Alltag nicht weniger, sondern mehr Staat. Die Aufblähung des Beamtenstabes um rund 200 000 Personen wurde zum Symbol des unerträglichen Triumphs der Bürokratie. 1922 zählte Frankreich 594 000 Beamte. 1946 1 038 000 und 1982

2 630 000. Berücksichtigt man auch die lokalen Körperschaften und die Belegschaften der verstaatlichten Unternehmen, dann ist der Staat der Arbeitgeber von über 6 Millionen Franzosen, also rund 30 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Der sozialistische Staat brachte ferner eine angeschwollene Gesetzes- und Verordnungsflut, nachdem bereits zwischen 1971 und 1980 im französischen Amtsblatt, dem „Journal Officiel“, die erschreckende Zahl von 126 516 offiziellen Texten (Gesetze, Dekrete, Verordnungen und Zirkulare) veröffentlicht worden waren. Mehr Staat bedeutete schließlich selbst für nicht wenige sozialistische Wähler die Nationalisierung der größten Industriegruppen und fast des gesamten Bankwesens.

Die als einziges Gegengift in die Wege geleitete Dezentralisierung des Verwaltungssystems blieb psychologisch wirkungslos, da sich damit bis zum heutigen Tage für die Bevölkerung nicht zu Unrecht vor allem eine Ausbreitung der Bürokratie verbindet. Die lokalen Instanzen machen von ihren neuen Machtbefugnissen zwangsläufig in bürokratischer Form Gebrauch, ohne daß deswegen die zentralen Stellen zurückweichen. In kurzer Frist erfolgte so eine Identifizierung des Sozialismus französischer Prägung mit Staat und Bürokratie. Es lag nahe, den einen für das andere verantwortlich zu machen und beides zurückzuweisen.

In den Reihen der sozialistischen Gläubigen lösten enttäuschte, wenn wohl auch irrige Hoffnungen eine vernichtende *ideologische Erosion* aus. Seit der Mitte des letzten Jahrhunderts war der sozialistische Idealismus in Frankreich besonders bei Intellektuellen der fraglose Mittelpunkt politischer Zukunftsträume. Er belebte die Geister mit sehr verschiedenartigen Varianten, von Saint-Simon und Lassalle über Proudhon und Marx bis zu Lenin und Stalin. Bis zur Selbstverleugnung schuf und erhielt nicht selten das den kommenden Generationen versprochene Glück ein politisch und moralisch nicht mehr vertretbares Treueverhältnis. Die französische Elite, deren Einfluß auf die Medien nicht unterschätzt werden dürfte,

war nach der Anbetung Stalins skeptisch geworden, schon um ihre eigene Blindheit vergessen zu lassen.

Nicht wenige vertauschten den Kommunismus mit dem Sozialismus als humanistisch freiheitliche Alternative. Sie verkannten nicht den Fehlschlag der in den verschiedenen Kontinenten erprobten sozialistischen Modelle, wiesen jedoch der kommunistischen Tradition gemäß gleichzeitig den sozialdemokratischen Weg als verdächtige Nebenstraße des kapitalistischen Regimes zurück. Sie folgten daher Mitterrand, der ihnen den Sozialismus à la française anbot, als nicht genau definierte Mischung aus Marxismus und Idealismus auf betont demokratischer Grundlage. Danach sollte sich eine sozialistische Gesellschaftsordnung nicht nur mit der Aufrechterhaltung, sondern auch mit der Ausweitung der demokratischen Freiheiten vereinbaren – oder anders ausgedrückt – sowohl mit der Priorität des Individuums gegenüber dem Staat wie mit der Priorität des Sozialen gegenüber dem Wirtschaftlichen.

Für die nicht kleine Zahl dem Sozialismus zuneigender Franzosen erschien die Wahl Mitterrands als Morgenröte einer besseren Welt. Konnte nicht endlich der Beweis geliefert werden, daß sich ein echter Sozialismus in demokratischem Rahmen verwirklichen läßt und ein Mittelweg zwischen dem kapitalistischen Liberalismus und dem kommunistischen Zwangssystem möglich ist? Verstand es Mitterrand nicht beispielhaft, die Kommunisten vor seinen Wagen zu spannen, um sie auf demokratische Bahnen zu lenken? Was konnte man vom Sozialismus noch erhoffen, wenn auch dieser Anlauf an den Realitäten oder an inneren Widersprüchen scheiterte?

Keine Linksintellektuellen mehr

Sowohl der Durchschnittswähler wie die geistig-politische Elite sind sich inzwischen des erneuten Fehlschlags bewußt geworden. Die Schuldfrage halten sie für belanglos. Sie erkannten, daß die Rechnung nicht aufgehen konnte, weil sich weder die Gesetze der Wirtschaft einfach dem politischen Willen unterordnen lassen noch die menschliche Natur über Nacht verwandelbar ist. Mehr oder weniger im Unterbewußtsein macht sich auch das Gefühl breit, daß zwischen Sozialismus und Freiheit eine Antinomie besteht und erfreulicherweise das demokratische sozialistische Ideal im entscheidenden Augenblick vor dem individuellen Freiheitsanspruch zurückweicht, denn die Alternative wäre der Sprung in die Diktatur. So muß man denn nach anderen Lösungen Ausschau halten. Dabei fallen die Linksintellektuellen, die für die politisch geistigen Wege Frankreichs lange eine vielleicht nicht maßgebende, aber doch nicht zu unterschätzende Rolle gespielt hatten, als politischer Faktor inzwischen weitgehend aus. Eine von dem damaligen Regierungssprecher, Schriftsteller und jetzigen sozialistischen Europaparlamentarier *Max Gallo* ausgelöste Debatte ließ dies offensichtlich werden. Er beklagte das Schweigen der Linksintellektuellen, weil sie damit nicht nur seiner Überzeugung nach ihre Distanz gegenüber der sozialistischen Regie-

rung zum Ausdruck brachten. Aus den Antworten ging hervor, daß die Motivation zum politischen Engagement nicht mehr vorhanden ist und viele nichts mehr zu sagen haben, sei es wegen der Erschöpfung ihres ideologischen Kapitals, sei es wegen ihres Glaubensschwundes. Der Appell Gallos entbehrte nicht der Berechtigung, denn die Linksintellektuellen hatten sich so gut wie ausnahmslos für den Kandidaten Mitterrand eingesetzt und seinen Wahlsieg nicht ohne Begeisterung gefeiert. Ihre jetzige Absage an den Sozialismus – oder gelinder ausgedrückt – ihre Rückkehr in den traditionellen Elfenbeinturm hat zwar einige aktuelle Gründe, ist aber doch hauptsächlich der Endpunkt einer längeren Entwicklung.

Die Linksintellektuellen sind eine *französische Erfindung*, die natürlich gelegentlich im Ausland nachgeahmt wurde, wie zum Beispiel mit gehöriger Verspätung in der Bundesrepublik Deutschland. Der Begriff entstand als Schimpfwort während der Dreyfusaffäre um die Jahrhundertwende. Mit seiner Hilfe wollten damals die reaktionären Kräfte die Künstler, Schriftsteller, Philosophen und Soziologen, die sich für den zu Unrecht verurteilten Hauptmann einsetzten, diskreditieren. Jene wiederum sahen darin einen Ehrentitel.

Nachdem die damals noch starken *Rechtsintellektuellen* den Kampf um Dreyfus verloren hatten, büßten sie schrittweise an Einfluß ein und verschwanden schließlich nach dem Zweiten Weltkrieg völlig von der Bildfläche, zumal sie sich mit ihren mehr oder weniger aktiven Sympathien für Faschismus und Nationalsozialismus kompromittiert hatten. Es kam durchaus logisch zu einer Identifizierung von intellektuell mit links, d. h., wer sich nicht zu einer der Ideologien oder Ideale der Linken bekannte, konnte nicht den Anspruch erheben, als Intellektueller betrachtet zu werden. Am weitesten gingen die Psychologen und die Soziologen, die teilweise offen das politische Engagement als Fundament ihrer Wissenschaft bezeichneten.

Politische Heimatlosigkeit

Nach dem Zweiten Weltkrieg durchschritten die französischen Intellektuellen zunächst eine kommunistische und dann eine sozialistische Phase. Nicht wenige derjenigen, die sich heute verunsichert im politischen Niemandsland bewegen oder dem politischen Liberalismus huldigen, waren Mitglieder der kommunistischen Partei oder ergebene Mitläufer. Das Geschehen im Osten führte mehr oder weniger schnell zum Gesinnungswandel und häufig zur *politischen Heimatlosigkeit*. Es begann mit Stalins Prozessen gegen die jüdischen Ärzte. Es folgten die Invasionen Ungarns, der Tschechoslowakei und Afghanistans, ferner die polnische Tragödie und schließlich die sowjetischen SS-20 Raketen. Von seltenen Ausnahmen abgesehen, nahm zwar die kommunistische Partei keine Intellektuellen in ihre Führungsgremien auf, sie pflegte jedoch diese Anhängerschaft nicht nur aus Prestige Gründen, sondern weil sie sich von ihr zudem eine langfristig gewinnbrin-

gende Unterwanderung der französischen Elite erhoffte. Heute ist die der Partei treu gebliebene Schar zahlenmäßig und geistig bescheiden geworden. In allen Bereichen, vom Theater bis zur Philosophie, haben sich nach und nach die maßgebenden Kräfte von ihr abgewandt. Die beliebten Appelle an die öffentliche Meinung und an das Weltgewissen werden nunmehr nur noch von der zweiten oder dritten Garnitur unterzeichnet. Im Sozialismus Mitterrands sahen dann nicht wenige Abtrünnige des Kommunismus eine beruhigendere neue Heimat. Diese Wahlverwandtschaft erwies sich aber als von kurzer Dauer.

Die französischen Intellektuellen zählten lange zu den eifrigsten Vorkämpfern für Friede und Abrüstung. Die Bedrohung des westlichen Europas durch die sowjetischen SS-20 besaß eine erschütternde *Schockwirkung*, die in dieser Form in keinem anderen westlichen Lande zu beobachten gewesen war. Sie fiel in die Anfangsperiode des sozialistischen Experiments Mitterrands, der geistig und moralisch verwirrend die Aufnahme der Kommunisten in seine Regierung mit der Ankündigung eines intensiven Einsatzes für die Menschenrechte verband. Für die Enttäuschten des Kommunismus war diese Akrobatik um so schwerer zu ertragen und zu billigen, als sie mit schlechtem Gewissen an ihre kommunistische Mitläuferschaft unter Vernachlässigung der Menschenrechte zurückdachten. Die von ihnen erwartete und für ihr inneres Gleichgewicht unentbehrliche klare Trennungslinie zwischen Sozialismus und Kommunismus blieb verschwommen und erschien ihnen unglaublich. Deswegen nahmen sie auch vom Sozialismus Abstand, wobei nicht wenige zu dem Schluß gelangten, daß er zwangsläufig infolge seiner kollektivistischen Grundeinstellung und seiner schicksalhaften Verkettung mit dem Dirigismus zu einer Gefahr für die Freiheit werden müsse.

Elite oder Gleichheit?

Den Problemen des Alltags gegenübergestellt, entpuppte sich die Wahlverwandtschaft der Intellektuellen mit dem Sozialismus als Fiktion. Sie bildeten stets, selbst wenn sie es nicht wahrhaben wollten, eine *elitäre Schicht*. Solange bürgerliche oder liberale Regierungen mitunter über das vernünftige Maß hinaus das Kasten- und Elitesystem mehr oder weniger bewußt vor den Wogen der Massengesellschaft schützten, konnten sich die Intellektuellen den Luxus der Kritik erlauben. Die Lage änderte sich gründlich, als die Sozialisten ernste Anläufe unternahmen, um ihr Gleichheitsideal gesellschaftspolitisch zu konkretisieren. Die Intellektuellen sind die letzten, die sich einebnen lassen wollen.

Selbstverständlich nahmen sie gegen das sinkende Bildungsniveau Stellung, ebenso wie gegen eine ihrer Überzeugung nach der Mittelmäßigkeit den Weg öffnende Hochschulreform. Gleichzeitig wurden sie sich der Tatsache bewußt, daß die Freiheit nicht unteilbar ist und immer mehr Staat immer weniger Freiheit bedeutet. Dies veranlaßte den lange betont linksorientierten und noch in jüngster Zeit aktiv prosozialistischen Soziologen *Alain Tou-*

raine in einem Interview in der oppositionellen Wochenzeitung „L'Express“ zu dem Ausruf: „Wir sind alle Liberale!“

Die *Bewegung der Neuen Rechten* ließ vor einigen Jahren erwarten oder befürchten, daß nach einer langen Abwesenheit die Rechtsintellektuellen wieder als einflußreiche Kraft auf der politischen und geistigen Bühne Frankreichs in Erscheinung treten könnten. Mit den *Neoliberalen*, die sich neuerdings vorwiegend als Pragmatiker in Anlehnung an amerikanische Thesen bemerkbar machen, haben sie nichts gemein, zumal sie den Liberalismus zurückweisen und mehr oder weniger offen einem ideologischen Determinismus huldigen, der vom marxistischen Materialismus weit weniger entfernt ist als es ihnen scheint.

Alain de Benoist, wohl der stärkste Denker der Neuen Rechten, vertrat vor kurzem in einem von „Le Monde“ veröffentlichten langen Gespräch Thesen, die mit den sozialistischen Vorstellungen nicht unbedingt vereinbar sind. So fordert er einen starken Staat, der sich theoretisch auf den politischen Bereich beschränken soll, was ihn aber nicht daran hindern darf, etwaige Verirrungen der Marktwirtschaft zu korrigieren. Er zeigt sich ferner gegenüber dem Individualismus äußerst mißtrauisch, da er zur Verweigerung der Solidaritäten, zur Erosion der Gemeinschaften und der kollektiven Identität führe. Er wirft den Sozialisten vor, neuerdings zu sehr dem Individualismus zu huldigen. Mit derartigen Gedanken befindet sich die Neue Rechte abseits von den Strömungen, die augenblicklich die französische Gesellschaft beschäftigen und bewegen.

Der persönliche Freiheitsraum

Man darf es als einen *verhängnisvollen* Irrtum Mitterrands und seiner sozialistischen Partei betrachten, nicht rechtzeitig erkannt zu haben, daß die überwiegende Mehrheit der Franzosen ihre persönlichen Freiheiten durch die Allmacht des Staates bedroht fühlt und das Versprechen der Ausweitung der öffentlichen Freiheiten sie kaum berührt, schon weil sie sich in einer demokratischen Gesellschaft verankert fühlen und keine Einengung ihrer Bürgerrechte zu befürchten haben.

Die Sozialisten ihrerseits fühlten sich durch den Vorwurf der Opposition, die Freiheit zu bedrohen, geradezu beleidigt, weil sie nur an die öffentlichen Freiheiten dachten und nicht rechtzeitig erkannten, daß sie mit ihrem Drang nach einer weitgehenden Regulierung des Lebens mit zunehmend verzweigten Organisationsformen den Menschen das Gefühl gaben, sich in ihrer privaten Sphäre nicht mehr nach eigenem Ermessen und Belieben bewegen zu können. Kurz bevor Präsident Mitterrand zur besseren Verteidigung der öffentlichen Freiheiten ein Referendum vorschlug und damit erneut die politisch ausschlaggebende Sorge um die privaten Freiheiten unbeachtet ließ, d. h. die individuelle Entscheidungsfreiheit in allen Fragen, die unmittelbar das Individuum betreffen, darunter auch die Wahl der Schule, bemerkte in dem schon er-

wählten Interview Alain Touraine aufklärend und warnend: „Während 30 Jahren schien uns der soziale Fortschritt stets mit dem Fortschritt eines Staates verbunden, der sich über die Egoisten und Sonderinteressen stellt. Daran glauben wir nicht mehr. Der Staat ist in einem Maße fähig geworden, die Gesellschaft zu verschlingen, daß wir die Gesellschaft vor seinem Appetit bewahren müssen. Wir haben eine neue Allianz zu finden, eine direktere Beziehung zwischen der Verteidigung beherrschter sozialer Gruppen und derjenigen der politischen Freiheiten. Diejenigen, die Freiheit und Gerechtigkeit wollen, glauben nicht mehr, daß sich diese Ideale durch die Installierung einer neuen Macht verteidigen lassen, sondern ganz im Gegenteil durch Schutzmaßnahmen gegen die Macht.“

Der sozialistische Weg zum Liberalismus

Die Sozialisten haben das Tor zum Liberalismus teilweise selbst aufgestoßen. Bereits der Vertreter ihres linken Flügels *Jean-Pierre Chevènement*, der zur Aufrechterhaltung der Linksunion erhebliche Zugeständnisse an die Kommunisten nicht abgelehnt hätte, legte als Industrieminister in der ersten Phase des Experiments Mitterrands das Schwergewicht auf Forschung, technologischen Fortschritt und Modernisierung des Produktionsapparates. Inzwischen rückten diese Ziele in den Mittelpunkt der Regierungspolitik. Das offizielle Frankreich lebt in der Sorge, den Anschluß an die vielleicht etwas leichtfertig in die Welt gesetzte „dritte industrielle Revolution“ zu verlieren. Die zunächst verkündete Umgestaltung der Gesellschaftsordnung wurde hiermit in den Hintergrund gedrängt, zumal sich die industrielle Revolution nicht mit dem sowjetischen Modell verbindet, sondern mit den kapitalistischen Vorbildern USA und Japan.

Mitterrand erkannte andererseits, daß der ihm ohne Zweifel vorschwebende demokratische Sozialismus in einem mehr oder weniger autoritären Kollektivismus enden muß, wenn die erhebliche Stärkung des Gewichts des Staates durch ein trotz der Dezentralisierungsbemühungen äußerst dirigistisches Regierungssystem sowie durch umfassende Verstaatlichungen nicht durch die gleichzeitige Kräftigung des verbleibenden privaten Wirtschaftssektors ausgeglichen wird. Ihm schwebt daher eine *gemischtwirtschaftliche Struktur* mit einem ebenso ausgedehnten wie leistungsfähigen Netz von Klein- und Mittelbetrieben vor. Hierzu bedurfte es der Anerkennung der Notwendigkeit des Profits, der nach einer langen Periode der Mißachtung in Frankreich nunmehr ausgerechnet von einer sozialistischen Regierung rehabilitiert wird. Selbst der so liberale *Giscard d'Estaing* hatte diesen psychologischen Schritt nicht gewagt.

Vielleicht ohne es zu ahnen, trägt damit Mitterrand neuerdings recht deutlich spürbaren Tendenzen in der Bevölkerung, besonders in der Jugend, Rechnung. Verschiedene Meinungsbefragungen der letzten Monate sind hierfür aufschlußreich. So gut wie alle Franzosen halten

die Vererbung der Vermögen für durchaus legitim. 80 Prozent sehen in dem erfolgreichen Begründer eines Unternehmens keinen Privilegierten (vgl. HK, Februar 1984, 65–68). Die neuen Industrie- und Handelskapitäne erfreuen sich ausgesprochener Sympathie. 77 Prozent der Befragten stört es keineswegs, daß es Franzosen gibt, denen es materiell viel besser geht als ihnen selbst. 56 Prozent bezeichnen schließlich die Schweiz als dasjenige Land, in dem man am besten leben kann. Die junge Generation strebt immer deutlicher nach dem materiellen Erfolg und sieht darin einen durchaus berechtigten und befriedigenden Gleichgewichtsfaktor. Ihre Einstellung läßt sich – natürlich mit einer gewissen Überspitzung – in dem Motto zusammenfassen: „sich bereichern, ohne zu erröten.“

Die *Gegenkräfte im Regierungslager* wagen nur noch Rückzugsgefechte, da sie der offizielle Kurs verwirrt. Außerdem sind sie dem ständigen Vorwurf des Archaismus ausgesetzt, weil sie die Zeichen der Zeit nicht verstehen. Die von der Partei herausgegebene „Nouvelle Revue Socialiste“ widmete unlängst eine Sondernummer dem Thema „Modernität“. Ihr Grundton ist skeptisch negativ und nur für diejenigen überzeugend, die sich der sicherlich gewagten Anpassung der sozialistischen Ideologie an den technologischen Fortschrittsgeist widersetzen. Klassenkampf und Computer gehören zwei Welten an. Mitterrand hat sich für den Computer entschieden. Die traditionellen Sozialisten warten weiterhin auf eine ideale Gesellschaft der Gleichheit und absoluten Gerechtigkeit. Stärker an den Alltag gebunden als die sozialistischen Theoretiker, unterwirft sich der Generalsekretär der Linksgewerkschaft CFDT, *Edmond Maire*, den Zwängen der Modernisierung. Er will aber die sozialen Beziehungen in diesen Prozeß einbeziehen und wünscht eine Wiederbelebung des Interesses der Arbeitnehmer für ihre Tätigkeit, nicht zuletzt über ein stärkeres Mitspracherecht. Er bleibt jedoch ebenfalls allzu sehr in der gestrigen Gedankenwelt stecken, um ein echtes Echo zu finden.

Liberalismus und Solidarität

Liberalismus ist in Frankreich ein Sammelbegriff, hinter dem sich sehr verschiedenartige Gedanken und Ziele verbergen. Sein Spektrum erstreckt sich von dem 1980 aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen *Jean Elleinstein*, dem eine Synthese zwischen Liberalismus und Sozialismus vorschwebt, bis zu *Neokonservativen*, die sich auf das amerikanische Modell der Reagan-Ära berufen. Während Elleinstein wenig Vorliebe für den wirtschaftlichen Liberalismus zeigt und sich hauptsächlich für die politischen Aspekte eines liberal-demokratischen Systems mit einem Höchstmaß individueller Freiheiten interessiert, denken die Neokonservativen vor allem an die Wirtschaftsordnung mit der Rückkehr zum freien Spiel der Kräfte, allerdings meistens gemildert durch eine soziale Solidarität, die jedoch nicht bis zum Wohlfahrtsstaat gehen darf.

In einigen *wesentlichen Orientierungen* besteht jedoch eine

weitgehende *Übereinstimmung*. So wird die Notwendigkeit eines möglichst bewegungs- und entscheidungsfreien Unternehmertums ziemlich allgemein anerkannt. Demgegenüber ist der Glaube an den Staat als Motor der Wirtschaft über die Kontrolle von Industrieunternehmen und Banken geschwunden. Noch deutlicher tritt die Forderung nach weniger Staat hervor. Darin sehen die meisten Linksintellektuellen den Sinn des Liberalismus. Am besten bringt ihre Gefühle auch da Alain Touraine zum Ausdruck: „Wie zu ihrer Zeit die Humanisten der Renaissance fühlen wir, daß hinter den Organisationsregeln der Gesellschaft eine neue Welt der Produktion und des schöpferischen Schaffens erscheint. Wir stoßen den Ruf aus: Befreien wir uns von den Regeln und den Ideologien, machen wir uns auf den Weg zur Entdeckung neuer Kenntnisse, Techniken, Sitten und Ausdrucksformen. Laßt uns Formen des Lebens, der Kunst, der sozialen Beziehungen, der Sprachweisen entdecken!“

Die *Gefahren* dieser mit der Betonung des Individualismus verbundenen Rückkehr zum Liberalismus werden nicht verkannt, zumal man nicht übersehen darf, daß der starke

Staat in Frankreich historisch zum Zwecke der Regularisierung zentrifugaler Tendenzen und individualistisch-anarchistischer Neigung durchaus berechtigt war. Die Lösung „jeder für sich“ ist ebenso anachronistisch wie die kollektivistisch-dirigistische Zwangsjacke. Das ausgleichende Gegenstück für weniger Staat und mehr individuelle Freiheit ist *mehr Solidarität*, die sich nicht in finanziellen Verpflichtungen der Gesellschaft erschöpfen darf, sondern von einem permanenten Verständnis für den Mitmenschen getragen sein sollte. Hiervon ist die französische Gesellschaft leider – wie manche andere – augenblicklich weit entfernt. Die Kommunikation ist zwar, häufig mißverstanden, ein Diskussionsthema des Alltags, ihre einfachste Ausdrucksform, der menschliche Kontakt, fällt jedoch dem egozentrischen Hang zum Individualismus zum Opfer. Die neuerdings zu beobachtende Aufwertung der Familie ist nur ein schwacher Trost. Jedenfalls wäre es nicht erfreulich, wenn schließlich ein Extrem das andere ablöste, wenn auf die Allmacht des Staates der egoistische Eigensinn des Individualismus folgte.

Alfred Frisch

Seit der Fristenregelung in Österreich

Was hat sich geändert, was beginnt sich erst zu ändern?

„Die Novelle des Strafgesetzes 1975, mit der ein Schwangerschaftsabbruch, der innerhalb der ersten drei Monate nach Beginn der Schwangerschaft nach vorhergehender ärztlicher Beratung von einem Arzt vorgenommen wird, straffrei gestellt wurde, ist eine der wesentlichen Errungenschaften der Frauenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, die die Frauen nach einem mehr als fünfzigjährigen Kampf durchsetzen konnten.“ Mit diesen Worten leitete Österreichs Frauenstaatssekretärin *Johanna Dohnal* in der sozialistischen Monatszeitschrift „Die Zukunft“ in diesem Frühjahr ihren am linken Rand des Meinungsspektrums gelegenen Standort zur Frage der Fristenregelung ein.

Immer von neuem in der Diskussion

Den *zündenden Funken* zum Aufflammen der Abtreibungsdiskussion in Österreich hatte aber bereits im Februar der Wiener Gynäkologe Primarius *Alfred Rockenschau*, der vor zehn Jahren maßgeblich an der Gesetzgebung der sogenannten „Fristenregelung“ mitgearbeitet hatte, in einem Interview mit der „Bunten“ geliefert. Darin beklagte Rockenschau die auf rund 100 000 geschätzte – statistisches Material dazu fehlt – Zahl der Abtreibungen, verwies auf die nach einschlägigen Erhebungen unverändert mangelhaft durchgeführten Verhütungen und meinte, daß derzeit wohl auf eine Geburt eine

Abtreibung komme. Seiner Ansicht nach liege die tatsächliche Lösung nur in einer besseren Propagierung moderner Verhütungsmethoden. Mit seinem Eintreten für das Herausnehmen der Abtreibungsfrage aus dem Parteienstreit und der Forderung nach unvoreingenommener Suche nach Lösungen, die dem Lebensrecht der ungeborenen Kinder und den Frauen gerecht würden, reagierte Wiens Erzbischof Kardinal *Franz König* unmittelbar auf die wiederaufgeflamte Fristenregelungs-Diskussion. Und er verabsäumte auch nicht den Hinweis auf die Tatsache, „wie sehr Gesetzesänderungen auch Einstellungen und Haltungen geändert haben“. In der Folge meldete sich einerseits die oppositionelle Österreichische Volkspartei zu Wort und forderte Maßnahmen vor allem in Richtung einer besseren Aufklärung und Beratung schwangerer Frauen („nicht wertfrei“), einer Trennung von beratendem und die Abtreibung durchführendem Arzt, der Abschaffung der Spezial-Abtreibungskliniken, einer gezielteren Sozialhilfe für alleinstehende werdende Mütter und vor allem einer Verbesserung der schulischen Sexualerziehung samt Aufklärung über Empfängnisverhütung.

Die aus Anlaß der Diskussion um die Straffreistellung des Schwangerschaftsabbruchs im Jahr 1971 als Aktionskomitee zum Schutz des ungeborenen Lebens gegründete „Aktion Leben“ stieß auf dem seit der Strafgesetznovelle